

Miszelle

Philipp Müller - Erinnerung an den ersten Demonstrationstoten der BRD im kalten Krieg

Horst Klein

Das literarische und laute Nachdenken über jüngere Zeitgeschichte ist seit der demokratischen Herbstrevolution 1989/90 in der DDR noch immer vorrangig auf das Phänomen ostdeutscher Geschichte fixiert. Dies ist auch nicht verwunderlich, gab es doch in der DDR wie im gesamten sowjetischen Machtbereich Entwicklungen, die den Historikern noch in Jahrzehnten mit neuen Einsichten einen zunehmenden Erklärungsbedarf abverlangen und auch mit gebotem Abstand sehr viel mehr Objektivität ermöglichen werden. Indessen droht inzwischen der Blick für die Geschichte der alten Bundesrepublik und somit auch für den Anspruch auf das Gesamtdeutsche in ein von politischen und ideologischen Zerrbildern verklärtes Wohlgefallen zu versickern. So ist die wirkliche Geschichte zunehmend der Gefahr ausgesetzt, im Vergleich von Gut und Böse zu verkümmern. Damit gerät gerade die angeblich nur gute, saubere Gründungs- und Frühgeschichte der Bundesrepublik als weitgehend aufgearbeitete Geschichte ins Abseits der Betrachtungen. Indessen drücken gelegentlich die Erinnerungen und das politische Gewissen mobilisiert Demokraten, schwer wiegende historische Ereignisse ins Bewußtsein der Menschen zurückzurufen und sie dem Richterstuhl menschlicher Vernunft zu überantworten. So brachte die in Essen wirkende Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges am 11. Mai 2002 den ersten Demonstrationstoten nach dem Zweiten Weltkrieg als Mahnung erneut in Erinnerung. Es war der junge katholische Arbeiter Philipp Müller, der 1952 in Essen bei einer Friedenskarawane von der Polizei erschossen wurde und heute noch stellvertretend das Nachdenken über die in der damals noch jungen und schwächelnden Demokratie mit dem Tod Gerichteten wach hält. In Strausberg erinnert wie in Halle und demnächst (Herbst 2003) in München eine Straße an Philipp Müller.

Nur noch wenige Menschen in den alten wie in den neuen Bundesländern werden sich an politisch prägende Ereignisse der frühen fünfziger Jahre in der Bundesrepublik oder gar an das Schicksal Philipp Müllers erinnern. Indessen versuchte die CDU-Ortsgruppe in Strausberg schon lange im Vorfeld des 50. Jahrestages des Essener Blutsonntags durch lautes und militantes Nachdenken eine Umbenennung Strausberger Straßennamen auf den parlamentarischen Weg zu bringen. Das Ansinnen brachte nicht nur Protest in der Bürgerschaft, sondern, was natürlich gar nicht in der Absicht der Initiatoren lag, zuweilen längst vergessene historische Hintergründe und Zusammenhänge jener Zeit zurück ins politische

Denken. Als im August 1958 die Strausberger Stadtverordnetenversammlung einstimmig, d.h. auch mit dem Willen der Blockparteien, die bisher schlicht als „A“ bezeichnete Wegstrecke im nördlichen Stadtteil in „Philipp-Müller-Straße“ umbenannte, war bereits ein Stück Zeitgeschichte zum Namen eines Einzelnen geronnen. Er war der erste Demonstrationstote in der deutschen Nachkriegsgeschichte. In der DDR galt er als Symbol des Widerstandes gegen die Aufrüstungspläne des Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer. Hier sollen in gebotener Kürze geschichtliche und politische Hintergründe und Zusammenhänge beleuchtet werden.

West- und Ostintegration, Frieden oder Remilitarisierung

Anfang der fünfziger Jahre war eine Nachkriegsentwicklung erreicht, mit der Konturen gegensätzlicher imperialer Interessen der Siegermächte immer schärfer hervortraten und sich diese mit der Zukunftsfrage der inzwischen entstandenen beiden deutschen Staaten verknüpften. Die deutsche Frage war ins Kalkül der Machtinteressen der westlichen Alliierten einerseits und der Sowjetunion andererseits eingeflossen, und sie war organisch mit dem zivilisatorischen Projekt des Weltfriedens verknüpft. Dieses war bereits durch den 1950 vom kommunistischen Norden ausgelösten Koreakrieg gefährdet. Inzwischen waren die Weichen für den kalten Krieg, für Remilitarisierung der beiden deutschen Staaten und für die militärische Hochrüstung der Siegermächte sowie für die kompromißlose Sicherung der jeweiligen Einflußsphären gestellt. Während die Westmächte mit dem Generalvertrag 1952¹ ohne Rücksicht auf reale Chancen einer deutschen Wiedervereinigung die Eingliederung der Bundesrepublik in den Westblock betrieben und dieser die Zuständigkeiten ihrer eigenen äußeren und inneren Angelegenheiten übertrugen, setzte Stalin nach März 1952 auf die schrittweise politische, wirtschaftliche und militärische Integration des östlichen Teils Deutschlands in das sich ausweitende sowjetische Imperium. Dies hatte auch einen beschleunigten und, wie die Ereignisse um den 17. Juni 1953 erkennen ließen, von vielen Menschen nicht gewollten Übergang zum stalinistisch geprägten Staatssozialismus in der DDR zur Folge. Die deutsche Frage war nunmehr der Westintegration einerseits und dem „Sozialismusaufbau“ andererseits sowie der planmäßigen Remilitarisierung untergeordnet.² Die Ansichten über einen Friedensvertrag mit Deutschland und den Charakter eines einheitlichen deutschen Staates gingen trotz vieler Beschwörungen beiderseits weit auseinander. In der Bundes-

1 Mit dem Generalvertrag, auch Deutschlandvertrag oder Bonner Konvention genannt, fixierten die Bundesrepublik und die drei Westmächte am 26.5.1952 die Modalitäten des Verhältnisses und der staatlichen Beziehungen zueinander. Das Vertragswerk gliederte sich in Zusatzverträge, d.h. in den Truppenvertrag, den Finanzvertrag und den Überleitungsvertrag, das Berliner Statut und die Satzung des Schiedsgerichts. Der Vertrag trat am 5.5.1955 in Kraft. Die Bundesrepublik bekam unter Vorbehalt einzelner Rechte und Pflichten für die Westmächte die Souveränität übertragen. Das Besatzungsstatut wurde aufgehoben. Es erfolgte die Integration der BRD in die europäische Gemeinschaft (Mitglied der NATO und WEU).

2 Siehe Torsten Dietrich/Rüdiger Wenzke: Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952-1956, Berlin 2001, S.73ff.

republik wandten sich SPD und KPD mit unterschiedlichen Optionen gegen den Generalvertrag. Beide Parteien konnten sich auf antimilitaristische Stimmungen und Überzeugungen ihrer Mitglieder und Anhänger stützen, ohne sich mit diesen völlig zu identifizieren. Die sozialdemokratische Ablehnung des sich aus dem Generalvertrag ergebenden westdeutschen Wehrbeitrags wurde vor allem mit der Priorität der deutschen Wiedervereinigung begründet.³ Kurt Schumacher bezeichnete den Generalvertrag als einen Ersatzfriedensvertrag der Bundesrepublik mit den Westmächten.⁴ Willy Brandt erinnerte sich später: „Wir haben erkennen müssen - einige früher, andere später-, daß Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung einander ausschlossen“.⁵ Die SPD drängte darauf, die Ernsthaftigkeit sowjetischer Initiativen für die Lösung der Deutschlandfrage auszuloten. „Sie wollte alle Möglichkeiten einer Verständigung der vier Besatzungsmächte über eine Wiedervereinigung Deutschlands ausgeschöpft sehen, um zu vermeiden, daß durch eine bundesdeutsche Wehrmacht innerhalb eines westlichen Verteidigungssystems die mitten durch Deutschland gehenden Fronten der beiden Militärböcke weiter verhärtet würden. Die Bundesregierung war jedoch unwiderruflich auf den Westkurs und die ‚Politik der Stärke‘ festgelegt und zu Verhandlungen mit Stalin, die eine Revision dieser Linie erfordert hätten, nicht bereit.“⁶ Sozialdemokraten hielten das Vorgehen der Adenauer-Regierung für verfassungswidrig und selbst der Bundespräsident Theodor Heuss erbat von Karlsruhe ein Gutachten über die Vereinbarkeit der vorgesehenen Wehrpflicht mit dem Grundgesetz.⁷ Indessen sah sich die KPD geradezu unkritisch in der sowjetischen Politik und in der Akzeptanz des DDR-Modells für ein wieder vereinigtes Deutschland eingeschworen. Wenn Führungen von SPD und KPD mit ähnlichen Forderungen nach Frieden und deutscher Einheit auftraten, so waren doch ihre Visionen in gegensätzlichen Interessensphären verankert.

Die Jugend verstand sich zu wehren

Die Absicht des ersten Kanzlers, kurz nach dem Ende des mörderischen Weltkrieges eine deutsche Armee für ein westliches Militärbündnis zu schaffen, hatte vor allem unter jungen Menschen weithin Unbehagen und einen Aufstand des Gewissens hervorgerufen. Der Sozialdemokrat und damalige Vizepräsident des ersten Deutschen Bundestages, Carlo Schmid, brachte den Zeitgeist mit den Worten „der Antimilitarismus ist die eigentliche Weltanschauung der Jugend nach dem II. Weltkrieg“⁸ auf den Punkt. Dieser resultierte primär aus dem noch zu verarbeitenden

3 Siehe Heinrich Potthoff/Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, Bonn 2002, S.204.

4 Siehe Willy Albrecht: Kurt Schumacher. Ein Leben für den demokratischen Sozialismus, Bonn 1985, S.88.

5 Willy Brandt: Erinnerungen. Sonderausgabe für die DDR 1990, Berlin-Frankfurt am Main 1990, S.155.

6 Potthoff/Miller, S.204.

7 Siehe Diether Posser: Anwalt im Kalten Krieg. Deutsche Geschichte in politischen Prozessen 1951-1968, Bonn 2000, S.87.

8 Zitiert nach Martin Löwenberg: Rede am Grab Philipp Müllers am 11.5.2002, in: Archiv der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges.

Erleben des Krieges und der Kriegsfolgen. Sehr viel schwerer zu durchschauen waren die von Parteien damals bereits wieder militant verkündeten politischen Optionen für Friedenssicherung und Wahrnehmung deutscher Interessen. Noch heute rätseln Sozialwissenschaftler aller Couleur über die wahren Motive der von Stalin im März 1952 an die drei Westmächte übersandten Note für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die Furcht vor einem neuen, mit Massenvernichtungsmitteln geführten Krieges war weit verbreitet. Es waren vor allem die jungen Menschen, die sich über nicht immer leicht erkennbare Parteigrenzen hinaus für Frieden und für ein vom Nazismus abgewandtes, friedliches und demokratisches Deutschland einsetzten und auch zu außerparlamentarischen Aktionen drängten.

Am 11. Mai 1952, es war der Muttertag, sollte in Essen eine Friedenskarawane der Jugend stattfinden. 30.000 Jugendliche, darunter Pfadfinder, christliche, pazifistische, sozialdemokratische, gewerkschaftliche und kommunistische Jungen und Mädchen, Mitglieder der Freien Deutschen Jugend (FDJ) waren aus der gesamten Bundesrepublik angesagt, um den Friedenswillen und den Protest gegen die Remilitarisierung kundzutun. Aufgerufen hatte das „Westdeutsche Treffen der Jungen Generation“ unter Leitung des Darmstädter Pastors Herbert Mochalski. Mitträger dieser Demonstration waren u. a. Werner Plaschke, Bundesfeldmeister des deutschen Pfadfinderbundes 1911, Gustav Wenig, Sekretär der IG Post Nürnberg, Pfarrer Mayer aus Düsseldorf. Wenige Stunden vor Beginn, als bereits eine beachtliche Anzahl der Teilnehmer in Essen eingetroffen war, verbot der damalige CDU-Ministerpräsident und Innenminister Karl Arnold, kurzfristig die Demonstration. 2000 Polizisten wurden gegen die Jugendlichen aufgeboten. Nach provozierten Ausschreitungen, Zeitzeugen sprechen von damals schon üblichen V-Leuten des Verfassungsschutzes, gab der Essener Polizeikommissar Wilhelm Knobloch den Schießbefehl auf die inzwischen flüchtenden Jugendlichen. Ein Befehl, den die Polizeieinsatzkräfte bedenkenlos ausführten. Der Todesschütze aus der Gruppe des Polizeimeisters Julius Wolter hieß Werner Koller⁹. Während der Sozialdemokrat Bernhard Schwarze aus Münster und der Gewerkschaftler Albert Bretthauer aus Kassel von Schüssen schwer verletzt wurden, war der FDJler Philipp Müller aus München von hinten tödlich getroffen worden. Dann begann einerseits die Legendenbildung der Verantwortlichen und andererseits die politische Instrumentalisierung des Ermordeten in der DDR, wo Straßen und Schulen nach ihm benannt wurden. Zu den Legenden gehörte die Version, wonach Demonstranten zuerst auf Polizisten geschossen und für die Beamten der Schußwaffengebrauch als Notwehr gerechtfertigt gewesen sei. Eine Behauptung, die von keinem der zahlreichen Zeugen belegt und bald ad absurdum geführt werden konnte. Selbst der CDU-Ministerpräsident Karl Arnold mußte dies im Hauptausschuß des Landtages kleinlaut zugeben.¹⁰ Stattdessen verbreitete sich

9 Siehe Philipp Müller: Der Polizeimord in Essen, Dortmund 1977.

10 Siehe Akte im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf - Ministerialarchiv NW, NW 34, Nr.9, Archiv der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges, 45127 Essen, Hoffnungstrasse 18, in: Ebenda, Rede Martin Löwenbergs am Grab Philipp Müllers am 11.5.2002.

schnell das von Teilnehmern und Unbeteiligten erlebte Bild brutalen Vorgehens der Polizei gegen Mädchen und Jungen, von unzähligen Verletzten und Verhafteten. Es waren Szenen, die heute noch immer, sobald es um den Schutz rechtsradikaler Aufmärsche geht, zum Alltag der Bundesrepublik gehören. Zu den spektakulärsten Polizeilügen gehörte wohl der dem Gericht untergeschobene Obduktionsbefund, wonach Müller von vorn in den Brustbereich getroffen worden sei. Dies sollte die Notwehr des Schützen belegen. Allerdings hatten die Beamten wohl unüberlegt und übereifrig schon vor der Obduktion des Ermordeten dessen Kleidung mit zweifelsfreien Einschüssen von hinten den Eltern übergeben.¹¹ Für den Tatbestand des Mordes gab es keine Zweifel.

Politische Strafgerichte erfüllten ihren Auftrag

Rechtliche Konsequenzen hatte das mörderische Geschehen zumindest nicht für die politisch Verantwortlichen und ebenso nicht für die Mordschützen. Wie hätte das auch sein können? Justiz und Polizei rekrutierten sich damals vorwiegend aus dem Nachlaß des Hitler-Regimes und waren ebenso vom Haß gegen Andersdenkende beseelt. Beispielsweise war der damalige Essener Polizeichef Knocher während der Nazizeit Abwehrbeauftragter der Gestapo. Die frühere Präsidentin des Deutschen Bundestages, Annemarie Renger, macht in ihren Erinnerungen geltend, daß in jener Zeit „in den wichtigsten Ämtern der Bundesrepublik, insbesondere im Kanzleramt, im Innenministerium und später im Außenministerium, viele Beamte saßen, die schon unter dem NS-Regime gedient hatten. Der Name Globke steht für dieses Phänomen.“¹² Dieser Altnazi aus dem NS-Innenministerium hatte die Kommentare zu den Nürnberger Rassegesetzen geschrieben.¹³ Dem Zeitgeist folgend, verurteilte das Landgericht Dortmund am 20. Oktober 1952 elf Teilnehmer der verbotenen Essener Kundgebung wegen „Aufruhrs in Tateinheit mit Landfriedensbruch“ zu insgesamt 76 Monaten Gefängnis. Es waren in jener Zeit 11 von mehr als 10.000 politischen Häftlingen. Diether Posser, langjähriger nordrhein-westfälischer Bundesrats-, Justiz- und Finanzminister, der in der Zeit des Kalten Krieges in der Anwaltskanzlei von Gustav Heinemann arbeitete, schildert in seinem Buch „Anwalt im Kalten Krieg“ das Ausmaß der politischen Verfolgungswelle in der Bundesrepublik. Diese habe über einen Zeitraum von 17 Jahren mit mehr als 150.000 politisch motivierten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren eine Größe erreicht, „für die es in keinem westeuropäischen Staat ein Beispiel“ gegeben habe. Diese Strafverfahren seien besonderen Strafgerichten übertragen worden. „Beim Bundesgerichtshof wurde ein politischer Strafsenat eingerichtet... Bei der Überführung der in solchen Prozessen Angeklagten wurden Methoden angewandt, die eines Rechtsstaates unwürdig waren. Beweisanträge, die den Verdacht gegen einen Angeklagten ausräumen konnten, wurden als ‚verfahrensfremd‘ abgelehnt. Die behauptete verfassungsfeindliche Tätigkeit einer als kommunistische Tarn-

11 Siehe Tatsachen klagen an. Die Kleider Philipp Müllers entlarven seine Mörder, in: Neue Volkszeitung, 27.5.1952.

12 Annemarie Renger: Ein politisches Leben. Erinnerungen, Stuttgart 1993, S. 193.

13 Siehe Ebenda, S. 166.

organisation verdächtigten Vereinigung wurde von politischen Strafgerichten als ‚gerichtsbekannt‘ oder als ‚allgemeinkundig‘ festgestellt und damit jeder Beweiserhebung entzogen. Um angebliche Tatzeugen in der Hauptverhandlung vor Fragen und Vorhaltungen der Angeklagten und ihrer Verteidiger zu bewahren, wurde mehr und mehr der ‚Zeuge vom Hörensagen‘ eingeführt. Es erschien also nicht mehr der eigentliche Zeuge vor Gericht, sondern ein Polizeibeamter oder Ermittlungsrichter, der die Aussage des von ihm vernommenen eigentlichen Zeugen vortrug und beschwor.“¹⁴ Ein Blick in die Akten, die zu den Vorgängen vom 11. Mai 1952 im Hauptstaatsarchiv Nordrhein-Westfalen angelegt wurden, läßt die geschilderte Verfahrensweise leicht nachvollziehen. Der gleiche Bundesgerichtshof, der das Dortmunder Urteil 1954 mit der Zurückweisung der Revision bestätigt hat, äußerte nach der politischen Wende 1989/90 sein Erstaunen darüber, daß in der Periode des kalten Krieges auf beiden Seiten „eine politische Justiz mit einer aus heutiger Sicht nicht immer nachvollziehbaren Intensität betrieben worden“¹⁵ sei.

Ein kurzes Leben im Rechtsstaat

Philipp Müller wurde am 5. April 1931 in München/Neuaußing in einer katholischen Familie geboren. Mit Kriegsende 1945 hatte der Vierzehnjährige die Schrecken des Weltkrieges psychisch und weltanschaulich zu verarbeiten. Nach dem Besuch der Volksschule und einer Lehre als Maschinenschlosser war er bei der Eisenbahn beschäftigt. Der von Faschismus und Krieg gezeichnete katholische Arbeiterjunge organisierte und betätigte sich gewerkschaftlich. 1948 schloß er sich der Freien Deutschen Jugend (FDJ) an. 1950 und 1951 nahm er an Jugendtreffen in Berlin teil. Hier lernte er in Ostberlin seine spätere Ehefrau Ortrud kennen, die ihn zum Eintritt in die KPD bewegt haben soll. Während der Weltfestspiele der Jugend und Studenten im August 1951 in Berlin heirateten sie in Weißensee. Am 20. Dezember wurde Sohn Joachim geboren. Die legale Übersiedlung in die BRD war vorgesehen.

Als Philipp Müller an den Folgen der schweren Schußverletzung starb, war der Sohn gerade 5 Monate alt. Der Tod des Vaters ließ eine Zusammenführung der jungen Familie in München nicht mehr zu. Witwe und Kind blieben in der DDR. Mit einer sozialen Hilfeleistung oder gar Abfindung für den Verlust des Mannes bzw. Vaters war ohnehin nicht zu rechnen. Der Sohn, der später in der Nationalen Volksarmee eine Offiziersausbildung und -laufbahn absolvierte, ist seit vielen Jahren Strausberger Bürger.

14 Posser, Anwalt, S.9.

15 Urteil des Bundesgerichtshofs vom 16.11.1994, StR 747/94; siehe Wolfgang Buschfort: Philipp Müller und der „Essener Blutsonntag“ 1952, S.159ff; Mit Gummiknütteln und Pistolenschüssen gegen die Friedensdemonstration am 11. Mai 1952, in: Beiträge und Materialien zur Geschichte der Kommunistischen und Arbeiterbewegung, Hrsg. von d. Geschichtskommission der DKP - Bezirk Hamburg, 02/02; Conrad Taler: „Das Schwein ist tot“. Vor 50 Jahren starb Philipp Müller. Hintergründe einer Desinformationskampagne, in: Junge Welt, 11./12.5.2002, Nr. 108.

Die Opfer des kalten Krieges mahnen zum Frieden

Während die politisch Verantwortlichen das brutale Vorgehen am „Essener Blutsonntag“ mit Legenden der Rechtfertigung kaschierten, nutzte die politische Führung der DDR den Mord noch längere Zeit für die ideologische Auseinandersetzung mit der Adenauer-Regierung. Als jedoch im Juni 1953 überwiegend junge Arbeiter auf den DDR-Baustellen ihren Unwillen kundtaten, wurden auch sie mit Waffengewalt und Haftstrafen in die herrschende Staatskultur zurückgezwungen. Die Gräben des „kalten Krieges“ waren tief und beide Seiten waren bemüht, mit ideologisierten Zerrbildern das heute für Unbeteiligte nur schwer nachzuvollziehende brutale Geschehen zu erklären. Wolfgang Buschfort (Bochum) charakterisierte die Ereignisse von Essen als eine „Konsequenz aggressiver, militanter FDJ-Politik und einer Überforderung der Polizei“. Leider kaschiert sein zweifellos informativer Aufsatz einerseits die wesentlichen Ursachen und Zusammenhänge des Kalten Krieges, insbesondere die politische Verantwortung der CDU für den ersten Demonstrationstoten nach dem Zweiten Weltkrieg, und andererseits das humanistische Anliegen der jungen Demonstranten in der konkreten politischen Situation.¹⁶

Es ist der in Essen unermüdlich mutig wirkenden „Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges“ zu danken, daß sie im vergangenen Jahr erneut mit einem „Philipp- Müller-Friedenstreffen“ an die Friedenskarawane vor 50 Jahren und so auf das notwendige Lernen aus der Geschichte aufmerksam machte. Auf diesem informierte der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Münchener Stadtrat, Siegfried Benker, die Teilnehmer darüber, daß künftig im derzeit zweiten Bauabschnitt auf dem Gelände der ehemaligen Waldmann-Stetten-Kaserne eine Straße nach Philipp Müller benannt wird.¹⁷

Nicht das Vergessen, sondern die Aufhellung der Geschichte ist notwendig, gerade dann, wenn Politiker Kriege vorbereiten und führen. Dies umso mehr, nachdem das einst von der Völkergemeinschaft mit der Charta der Vereinten Nationen im Jahre 1945 beschworene zivilisatorische Projekt des Friedens von einer machtbesessenen und skrupellosen Politikerkaste in die Vergangenheit verdrängt wird.

Gewiß: Vom Ausgang des Zweiten Weltkrieges über den Generalvertrag zur Friedensfrage heute ist ein weiter Bogen gespannt, mehr als ein halbes Jahrhundert Friedenskampf, in dem der erste Demonstrationstote Philipp Müller wie einst Cassandra seinen Platz fand.

Schauen wir möglichst politisch unbefangen in die gesamtdeutsche und in die jüngere Weltgeschichte, so gewinnen wir die Überzeugung, wie nützlich es ist, daß auch künftig Straßennamen an die furchtbaren Ereignisse von damals erinnern und heute zur Besinnung auffordern.

16 Siehe Wolfgang Buschfort: Philipp Müller und der „Essener Blutsonntag 1952“, in: Deutschland Archiv, 35. Jg., 2/2002, S. 253 ff.

17 Siehe Siegfried Benker: Rede anlässlich des fünfzigsten Todestages von Philipp Müller. Kundgebung Friedhof Aubing/Grab Philipp Müllers, in: Münchner Lokalberichte, 16.5.2002; Eva Schraft: Gedenkveranstaltung in Aubing. Vor 50 Jahren starb der Neuaubinger Eisenbahner Philipp Müller, in: Münchener Zeitung „Samstagsblatt“, 25.5.2002.